



UNSOZIAL AUCH NACH DER WAHL

Giftliste zerstört die Region

Lange hat man mit Schrecken auf die Giftliste oder anders ausgedrückt, das Konzept für die Haushaltskonsolidierung, gewartet. Nun wurde sie am 26.05.2016 in einer Sondersitzung beschlossen. Aber nicht mit den Stimmen der LINKEN.

Die Bereiche, die in den letzten Jahren schon Kürzungen verkraften mussten, sind jetzt wieder betroffen. Hauptansatzpunkte für Einsparungen sind der Kinder- und Jugendbereich, Sport, Musik und Kultur. Genau die Bereiche sind es, die das Leben im Vogtlandkreis lebens- und liebenswert machen. Sicherlich steht durch die Kürzungen die Existenz einiger Vereine auf dem Spiel. Besonders die An-

gebote für Kinder- und Jugendarbeit, Sport, Musik und Kultur sind ein wichtiger Teil dafür, dass junge Menschen nicht die Region verlassen oder in die Fänge von Rechtsextremisten geraten. Dadurch würden wir mehr für die Zukunft verlieren als wir heute einsparen werden. Die Begründung, dass andere Landkreise in diesem Bereich weniger Geld ausgeben, ist keinerlei Argument für Qualität. Der Landrat hat sich zum Landratswahlkampf in verschiedenen Diskussionsrunden für den Erhalt und die Unterstützung dieser Bereiche ausgesprochen, aber anscheinend sind diese Aussagen schon vergessen. Wir appellieren an die SPD nicht dem Kooperationszwang mit der CDU zu un-

terliegen, sondern endlich wieder das „Sozialdemokratisch“ in ihrem Namen ernst zu nehmen.

Etwas schmunzelnd müssen wir feststellen, dass das Strukturkonzept bei einem Thema mit den Forderungen der LINKEN vollkommen übereinstimmt und zwar der Austritt aus der Beteiligung am Flughafen Hof –Plauen. Wir fordern dieses schon viele Jahre und erst im letzten Jahr wurde unser Antrag, wie schon die Jahre zuvor, abgelehnt. Hätten wir dieses Geld in den letzten Jahren eingespart, würde es dem Kreis finanziell sicherlich etwas besser gehen.

aus dem	Sportpolitiker unterwegs.....	S. 2
Inhalt:	So geht man nicht mit Helfern um.....	S. 4
	Rainbow Flash in Plauen.....	S. 6
	Briefe.....	S. 7

DIE LINKE.

SPORT IM VOGTLAND

unsere Sportpolitiker unterwegs

Am 18. April stand erstmal alles im Zeichen des Sports. Unser Bundestagsabgeordneter Dr. André Hahn war zusammen mit seiner Landtagskollegin Verena Meiwald ins Vogtland gekommen, um sich vor Ort ein Bild zu machen, wie sich auswirkt, was in den Parlamenten beschlossen wird.

Erste Station war die Vogtland Arena in Klingenthal. Nach einer Besichtigung ging es mit dem Geschäftsführer der Arena, Alexander Ziron, dem Leistungssportkoordinator des Skiverbandes Sachsen, Richard Schütze, und dem Klingenthaler Bürgermeister Thomas Hennig hoch hinauf in die Kanzel. Dort wurden die verschiedensten Themen besprochen: von den sieben Schanzen in Klingenthal sind drei sanierungsbedürftig, auch werden die Trainingschanzen für das Damenspringen vom Bund nicht gefördert. Bundes- und Landesfördermittel beanspruchen für Bauvorhaben Eigenmittel aus ein und demselben Topf, weshalb dieser immer leer ist bzw. die Fördermittel gar nicht ausgeschöpft werden können.

Auch die Talentförderung ist eine Frage des Geldes. Das Sport an sich teuer ist, vor allem Wintersport. Da kommt für Bekleidung und Ausrüstung schon mal ein satter vierstelliger Betrag pro

Jahr zustande. Viele Talente gehen Deutschland allein deshalb verloren, weil Menschen mit geringem Einkommen diese Beträge einfach nicht aufbringen können, die Sportförderung allerdings erst viel weiter oben einsetzt.

Ebenso sind die Ausbildungsperspektiven von SpitzensportlerInnen beschränkt, sodass viele Athleten am Ende ihrer Laufbahn ohne entsprechende Berufsaussichten dastehen.

Die Problematik „Job und Sport“ wurde am Nachmittag in Plauen mit Gabriele Weidhase (Geschäftsführerin Kreissportbund), Hansjoachim Michel (Präsident Stadtsportbund), Kerstin Hartmann (Vereinsberaterin Kreissportbund), Simone Schurig (Sportreferentin Plauen) und Dagmar Baumgärtel (Präsidentin des VFC) noch einmal eingehender beleuchtet. In dieser überwiegend weiblich besetzten Runde bekamen wir einen Einblick in die unglaublich vielfältige Breitensportlandschaft im Vogtlandkreis. Doch es wurde auch schnell deutlich, dass diese inzwischen an ihre Grenzen stößt. Die Wassersportler tummeln sich auf insgesamt zu wenig Wasserflächen, die Sportstättengebühren mussten im letzten Jahr um 100 % angehoben werden. Der Sanierungsrückstau ist inzwischen so groß, dass die Summen

gerade für laufende Arbeiten reichen, nicht aber für neue dringend erforderliche Maßnahmen. In vielen Bereichen fehlen Übungsleiter oder Schiedsrichter, da solche Tätigkeiten viel Zeit in Anspruch nehmen, nicht nur bei Wettkämpfen, sondern auch durch Weiterbildungen und Schulungen.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Sport eine wichtige Form sozialer Arbeit darstellt und daher unbedingt besser gefördert werden muss. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die Einrichtung eines Sportfonds der Krankenkassen nach Schweizer Vorbild, so André Hahn. Aber auch der Papierkram sollte dringend vereinfacht werden. So sind die Antragsunterlagen der SAB für ehrenamtlich tätige Sportvereine kaum zu durchschauen. Mit Petra Rank war eine der vielen ehrenamtlich im Sportverein Tätigen anwesend. Wer sie kennt, weiß, wie oft und viel sie in Sachen Sport unterwegs ist. Sie würde sich wünschen, dass für Übungsleiter- und Kampfrichtertätigkeiten Rentenpunkte erworben werden können. Damit würden diese wichtigen Funktionen deutlich aufgewertet.

*Katrin Pritscha
Regionalmitarbeiterin Landesgruppe*

HÄUSLICHE GEWALT

Ein gesamtgesellschaftliches Problem

Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen, häufiger als Verkehrsunfälle und Krebs zusammen genommen. Anders gesagt: das eigene Zuhause ist für Frauen der gefährlichste Ort für die eigene Gesundheit.

In der großen Mehrheit der Fälle sind Frauen die Opfer und Männer die Täter. Doch auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt durch ihre Beziehungspartnerin oder ihren Beziehungspartner.

Obwohl die Zahlen der Betroffenen derartig hoch sind, ist das Thema häusliche Gewalt nach wie vor ein Tabuthema. Noch immer wird den Betroffenen

häufig nicht geglaubt, die Gewalt als Familienstreit abgetan und den Opfern eine Mitschuld gegeben. Zudem leidet das Netz an Frauenschutzhäusern und Beratungseinrichtungen an chronischer Unterfinanzierung. Die Platzkapazitäten der Frauenschutzhäuser in Sachsen sind in den letzten Jahren sogar noch gesunken, von 290 im Jahr 2009 auf heute 240. Und das, obwohl die Zahlen von Rat- und Schutzsuchenden kontinuierlich stiegen. Eine Männerschutzwohnung gibt es nach wie vor nicht.

Um dem Thema mehr Öffentlichkeit zu verschaffen, über Folgen und mögliche Ursachen aufzuklären und vor allem, ein deutliches Zeichen zu setzen,

dass häusliche Gewalt keine Privatangelegenheit ist, sondern ein gesellschaftliches Problem haben die beiden Abgeordneten der LINKEN Sarah Budberg (MdL) und Dr. Cornelia Ernst (MdEP) die Ausstellung "Hinter verschlossenen Türen – Einblicke zur Häuslichen Gewalt" entwickelt. Diese soll durch ganz Sachsen touren und an den verschiedensten Orten Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für dieses wichtige Thema schaffen.

Den Auftakt der Tour bildete die Eröffnung im März im Sächsischen Landtag, in Plauen wird die Ausstellung am 29. Juni 2016 am Theaterplatz zu sehen sein.

VON DER SCHWIERIGKEIT, GEHEIMDIENSTE ZU KONTROLLIEREN



Zugegeben, der Titel „Geheimdienste außer Kontrolle - ein Insider berichtet“ kam schon ein wenig reißerisch daher, doch was André Hahn zu berichten wusste, zeigte, dass er gerechtfertigt war.

Als Einstieg wählte André eine generelle Betrachtung über die Arbeit des Bundestages, die sich deutlich von der des Sächsischen Landtages unterscheidet. Während auf Landesebene die Dinge nacheinander abgearbeitet werden, läuft im Bundestag alles irgendwie parallel. Was auch den halbleeren Sitzungssaal erklärt, den der Fernsehzuschauer in der Regel zu sehen bekommt.

Die Sitzungen selbst werden an Tafeln für die Abgeordneten verzeichnet. Nicht so beim Kontrollgremium für die Geheimdienste. Jahrelang tagte es so geheim, dass nur den Mitgliedern bekannt gegeben wurde, wann und wo die Treffen stattfanden – eines der ersten Dinge, die er änderte, als er Vorsitzender dieses Gremiums wurde. Noch weit schwieriger war es, das Auftragsprofil des BND zu erhalten. Doch wie will man Verstöße aufspüren, wenn man gar nicht weiß, was erlaubt ist und was nicht? Fehlende Definitionen wie die von „Ereignissen von besonderer Bedeutung“ machen die Sache ebenfalls nicht leichter. Inzwischen wurde eine Liste erarbeitet, wann wer worüber in welchem Maße zu informieren ist, auch das ein Fortschritt. Andere Probleme bleiben.

Eines besteht in der Geheimhaltung selbst. So dürfen die Mitglieder des Kontrollgremiums nicht einmal ihren Fraktionsvorsitzenden über das Besprochene berichten.

Aber André Hahn wäre nicht er selbst, wenn er nicht den Verantwortlichen doch das eine oder andere abtrotzte. Zum Beispiel öffentliche Erklärungen oder das Einsehen von vormals gesperrten Unterlagen.

Das sind jedoch nur kleine Schritte. DIE LINKE hat im letzten November einen Gesetzentwurf zur Ausweitung und Verbesserung der Kontrolle der Nachrichtendienste vorgelegt. Darin ist u.a. ein Whistleblower-Schutz enthalten, denn, so André „wenn niemand auspackt, können bestimmte Dinge einfach nicht ermittelt werden“. Sein eigentliches Ziel ist aber die Abschaffung der Geheimdienste, die er ganz offen als Fremdkörper in einer Demokratie bezeichnet. Wenn er entscheiden könnte, würde er vielmehr Diplomatie und Entwicklungshilfe stärken, statt den BND aufzurüsten.

Bevor es jedoch soweit ist, wird er weiter alles tun, seine Kontrollfunktion bestmöglichst zu erfüllen, auch wenn er, seit er dort mitarbeitet, keinen Krimi mehr braucht. Wenn man ihm so zuhört, glaubt man das gern.

Katrin Pritscha
Regionalmitarbeiterin Landesgruppe

REGIONALTAG IM VOGTLAND

Sächsische Linksfraktion mit Vereinen im Gespräch

Am 26. April 2016 besuchten Landtagsabgeordnete, der Fraktion DIE LINKE den Vogtlandkreis. Der Regionaltag beschäftigte sich mit dem Thema „Jugendarbeit im ländlichen Raum, vor dem Hintergrund ständig sinkender Mittel“.

Zu Beginn des Tages fand man sich im zu einem Gespräch mit dem Beigeordneten des Landkreises Herrn Dr. Uwe Drechsel zusammen und beriet über Möglichkeiten und Probleme in der vogtländischen Jugendarbeit.

Im Anschluss besuchten die Abgeordneten den Jugendzentrum OASE e.V. in Plauen und den Kinder- und Jugendzentrum Treuener Land e.V.. Neben einer Besichtigung der Objekte machte man sich ein besseres Bild über die Arbeit und die Probleme beider Träger.

Den Abschluss des Tages bildete ein Fachgespräch zu dem neben verschiedenen Trägern der Jugendhilfe auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker des Vogtlandes eingeladen waren.



Übergabe des Spendenschecks an das Kinder- und Jugendzentrum Treuen e. V.

SO GEHT MAN NICHT MIT HELFERN UM!



Am 12. Mai gab das Innenministerium die Schließung von mehreren Außenstellen der Erstaufnahmeeinrichtung in Sachsen bekannt, darunter auch Plauen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung reagierten geschockt.

Zur Schließung erklärt Janina Pfau, MdL:

„Damit verlieren jetzt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung ihre derzeitige Arbeitsstelle und das bereits zum 30. Juni. Die Betroffenen mussten diese Information erst aus den Medien erfahren.“

Geht man so mit Helferinnen und Helfern um, Menschen die sich in Zeiten der Not kurzerhand entschieden haben, Menschen und einer überfordernten Verwaltung zu helfen?

Sicherlich handelt es sich hier nicht um eine spontane Festlegung durch den Innenminister. Wäre nicht genügend Zeit gewesen, den Betreiber der Erstaufnahme in Plauen zu informieren?

Diese Vorgehensweise kritisieren wir aufs Äußerste. Es ist auch fraglich, ob die Landkreisverwaltung schon vor der Veröffentlichung durch das Innenmi-

nisterium über die Schließung informiert wurde.“

Nach Angaben aus dem Landtag, wurden die Städte und Landkreise der betroffenen Erstaufnahmeeinrichtungen über die Schließung informiert und sollten die Betreiber informieren. Da die Stadt Plauen die Information auch erst aus dem Medien erfahren hat, wurde eine Anfrage an den Landkreis gestellt. Landrat Keil teilte mit, dass der Landkreis nicht für die Einrichtungen zuständig sei und die Anfrage an das Innenministerium gestellt werden sollte.

Pfau fügt an: „Wurde der Landkreis über die Schließung informiert und wenn ja, warum hat er nicht den Betreiber davon in Kenntnis gesetzt? Warum verweigert also der Landrat die Auskunft? Leider kann jetzt nur angenommen werden, dass der Landkreis aus welchen Gründen auch immer den Betreiber der EAE keine Informationen zukommen lassen hat. Es ist auch fraglich, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EAE im Vogtlandkreis im Bereich der Integration einen neue Beschäftigung finden, denn auch darüber hat der Landrat die Aussage verweigert.“

SPORT BALD OHNE GELD IM VOGTLANDKREIS?

Seit Jahren ist ein bedenklicher Trend zu beobachten: Kinder werden immer Dicker, verbringen mehr Zeit am Computer, der Spielkonsole oder dem Smartphone als in einem Sportverein. Vereine klagen über Nachwuchssorgen und mangelnde finanzielle Ausstattungen für Trainingsgeräte oder Vereinskleidung. Sogar die Teilnahme an Wettkämpfen scheitert manches Mal an der nötigen Finanzierung.

Aber genau in dieser Zeit stimmte die Mehrheit des Kreistages im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzept unter anderem der Kürzung der Aufwandsentschädigung für Übungsleiter und den Zuschuss für den Spitzensport sowie die vogtländischen Kaderrathleten zu. Ebenso werden die Unterstützungen für überregionale Veranstaltungen, Wettkämpfe, "Jugend trainiert für Olympia" oder auch der Zuschuss an den Kreissportbund reduziert.

Lars Legath, Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Vogtland ist empört: „In Sportvereinen können Kinder aber auch Erwachsene nicht nur ihre körperlichen Fähigkeiten verbessern auch soziale Kompetenzen werden hier geschaffen. Auch bei der Integration von Flüchtlingen leisten unsere Vereine einen unschätzbaren Beitrag. Voraussetzung dafür sind aber auch finanzielle Mittel. DIE LINKE hat daher diese geplanten Kürzungen ablehnt.“



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
16. Juni 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

WAS WÄRE DER MUSIKWINKEL OHNE NACHWUCHSMUSIKER?

Kreistag streicht Musikausbildung

Dieses Jahr belegte Deutschland den letzten Platz beim Eurovision Song Contest und ausgerechnet jetzt streicht der Vogtlandkreis die Förderungen und Zuschüsse für Musikschulen.

Am 26.05., zur Sondersitzung des Kreistages, stand im Rahmen des Haushaltsstrukturkonzeptes auch die Streichungen von Kreisgeldern für Musikschulen, der Begabtenförderung sowie die Zuschüsse an vogtländische Musikwettbewerbe, auf der Tagesordnung.

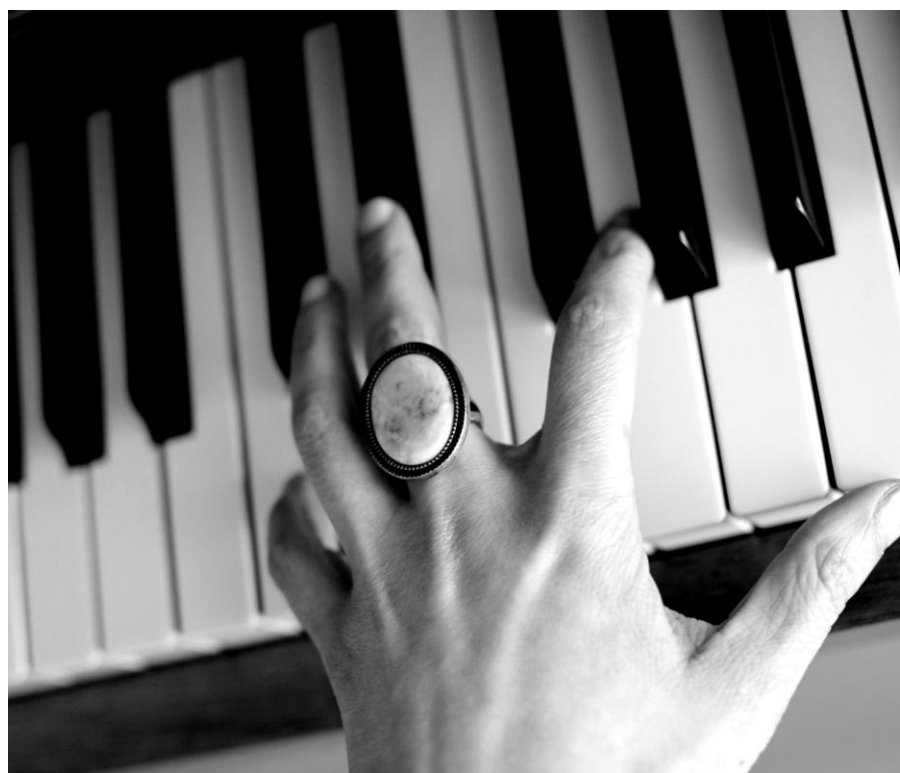
Eine Region die schon seit Jahren im Tourismus mit ihrer musikalischen Seele wirbt, sollte sich eine solche Entscheidung eigentlich reiflich überlegen. Schließlich sichern unsere Musikschulen nicht nur mögliche ESC Gewinner, sondern auch die Nachwuchsmusiker für die vielen Musikorchester in der Region.

Kindern und Jugendlichen muss der professionelle Rahmen geboten werden ein Instrument zu erlernen. Musik ist als universelle Kunst- und Kommunikationsform für alle Kinder und Jugendliche wichtig. Auch die Funktion von Musik zur Integration ist be-

kannt. Deshalb fordert DIE LINKE schon lange: "Jedem Kind sein Instrument!" Auch in der Begabtenförderung sollte es nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, ob die musikalischen Fähigkeiten gefördert werden oder nicht.

Jetzt müssen offenbar die vogtländischen Städte für die öffentlichen Musikschule die Finanzierung übernehmen, dass ist aber für die meisten Städte nicht möglich. In Betracht käme dann nur eine Gebührenerhöhung, welche die soziale Ausgrenzung erhöhen würde oder im schlimmsten Fall, die Schließung.

Als LINKE fordern wir erneut, dass die Landesregierung die Kommunen und Landkreise in Sachsen besser finanziell ausstattet.



© Corinna Dumat / pixelio.de

KULTUR IST WICHTIG FÜR JEDE DEMOKRATIE

Als bekannt wurde, dass die Kosten für das Vogtlandtheater nicht mehr allein von der Stadt Plauen gestemmt werden können, hat sich der Vogtlandkreis ganz ruhig verhalten und wollte sich nicht an der Finanzierung beteiligen.

Ein Antrag der LINKEN auf Beteiligung am Vogtlandtheater wurde mit der Mehrheit von CDU und SPD abgelehnt, mit der Begründung man hätte schließlich genug Kultur, die der Vogtlandkreis finanzieren würde.

Aber damit soll jetzt Schluss sein. Die Kultur GmbH steht auf dem Prüfstand, der Kreistag hat entschieden den Zuschuss an das Kreisunternehmen zu reduzieren.

Entweder übernehmen die klammen Kommunen, in denen die Institutionen der Kultur GmbH stehen, einen Sitzgemeindeanteil oder die GmbH steht auf ungewissen Füßen. Damit droht im schlimmsten Fall, auch die Schließung der Institutionen.

Es ist wieder ein Versuch den Kommunen des Vogtlandes in die Tasche zu greifen.

Die Kreisräte von heute müssen sich im Klaren sein, dass dieser Beschluss nicht nur eine Rolle rückwärts ist, sondern auch ein großer Rückschritt für unsere Kultur- und Tourismuslandschaft im Vogtland.

RAINBOWFLASH IN PLAUEN

Mit Luftballons Zeichen für Vielfalt unserer Gesellschaft gesetzt

Am 17. Mai eines jeden Jahres lassen Menschen auf der ganzen Welt Luftballons in den Himmel steigen und erinnern so an den Tag, an dem Homosexualität aus dem Diagnose-schlüssel der Weltgesundheitsorganisation gestrichen wurde. Seitdem gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit.

Der diesjährige Rainbowflash in Plauen wurde vom Lesben- und Schwulenverbandes Sachsen (LSVD) und der Partei DIE LINKE im Vogtland organisiert. Rund 30 Menschen setzten in Plauen ein Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen in den über 77 Ländern, in denen Homosexualität illegal ist und zum Teil sogar mit Todesstrafe geahndet wird. Auch in der Frage der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (kurz LSBTI) zeigt sich, dass immer mehr Menschen, auch im Vogtland, dieser Gruppe gleiche Rechte absprechen und sie wieder zurück in die Unsichtbarkeit drängen wollen.



Gerade aus den Ländern in denen sie wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, wagen LSBTI daher die Flucht. In Europa angekommen sind sie in den Aufnahmeeinrichtungen nicht ausreichend geschützt. Erschwerend kommt hinzu, dass Mitarbeitende in Behörden und vielen Unterstützungseinrichtungen kaum für das Thema „Fluchtgrund: Sexuelle Orientierung / Geschlechtsidentität“ sensibilisiert sind. Aus diesem Grund forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine bessere Beratungs-

struktur und eine LSBTI-inklusive Versorgung und Unterbringung von Asylsuchenden.

Pünktlich 19:00 Uhr stiegen die Luftballons mit Botschaften gegen Hass, Ausgrenzung, Gewalt und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern in Himmel. Es wurde einmal mehr ein Zeichen für Vielfalt in unserer Gesellschaft gesetzt.

Lars Legath

ES ZEIGT, SICH WELCHES GEISTES KIND DER III. WEG IST

Wir danken allen Demonstrantinnen und Demonstranten, die am 1. Mai in Plauen den Nazis nicht die Straßen überlassen haben und in verschiedenen Varianten ihren Protest zum Ausdruck gebracht haben.

In Plauen haben die Rechtsextremisten gezeigt, wie sie sich ihr Deutschland vorstellen. Voll von Angst, Gewalt und Zerstörung. Allen negativen Rufen zum Trotz waren es eben keine „linken Demotouristen“, die Plauen zeitweise in ein Schlachtfeld verwandelten und sogar den Einsatz von zwei Wasserwerfern nötig machten. Es waren die Teilnehmer der Demonstration vom „III. Weg“, die teils verummumt, mit Pyrotechnik und Pfefferspray bewaffnet Polizei und Gegendemonstranten angegriffen haben.

Mit diesen Aktionen, aber auch beispielsweise Bannern wie „Antifaschisten haben Namen und Adressen...“ versuchen die Rechten ein Klima der

Angst und Gewalt zu produzieren, um Widerstände gegen ihre menschenfeindliche und rassistische Ideologie zu unterdrücken. Rechtsextremisten nutzen solche Aufmärsche nicht nur zu Propagandazwecken, sondern auch, um ihre eigenen Reihen zu formen und zu stärken, sowie neue Kameraden fest in die Szene zu integrieren. Wegschauen und Fenster schließen ist hier keine Alternative.

Sicherlich war dieses nicht die letzte Demonstration von rechts in Plauen, deshalb appellieren wir an alle, die an diesem Tag nicht da waren, in Zukunft Gesicht zu zeigen für eine tolerante, weltoffene und solidarische Gesellschaft. Das gilt an Tagen wie dem 1. Mai aber auch im Alltag.

Wir kritisieren an dieser Stelle auch ganz klar die Reaktion von Oberbürgermeister Oberdorfer im Vorfeld des 1. Mai, wobei er alle Gegendemonstrantinnen und Demonstranten, die

ihrer Ablehnung im oberen Teil der Stadt kundtun wollten, pauschal kriminalisierte. Zusätzlich kommt die jahrelange Verharmlosung von rechtsextremistischen Strukturen im Vogtlandkreis durch das Landratsamt. Landrat und Oberbürgermeister sind jetzt gefragt, sich klar gegen rechte Aufmärsche, Kundgebungen und Konzerte im Vogtland zu stellen.

Friedliche Gegenproteste müssen die klare Antwort sein, wenn Rechtsextremisten versuchen vogtländische Straßen und Plätze zu missbrauchen. Die gewählten Vertreter in Kreis und Kommune, aber auch gesellschaftliche Akteure, sind hier in der Pflicht nicht nur Lippenbekenntnisse zu geben, sondern mit allen Mitteln der Demokratie, gegen solche Kundgebungen vorzugehen.

*Janina Pfau,
MdL und Kreisvorsitzende*

JEDES JAHR IM MAI...

Schon als Kind war der Monat Mai für mich etwas Besonderes! Erstens habe ich im Mai Geburtstag und dann waren der 1. und der 8. Mai Tage, an denen immer etwas los war in unserer kleinen Stadt. Und so ist es für mich zur Tradition geworden, an diesen beiden Tagen hielt mich auch mit 76 Jahren nichts zu Hause. So war ich in diesem Jahr am 1. Mai in Plauen und am 8. Mai in Reichenbach am Bürgerholz an der Gedenkstätte für gefallene Sowjetsoldaten. Doch während früher erfreulicherweise bei uns in der DDR diese beiden Tage mehr den Charakter eines Feiertages hatten, sind sie heute wieder echte Kampftage geworden. Und wie groß ihr Zusammenhang ist, wurde schmerzlich deutlich.

Am Ehrenmal steht auf russisch „Den Opfern des Faschismus“, und auf einem Transparent war zu lesen „Nie wieder Faschismus“ - und genau dafür sind wir am 1. Mai in Plauen gegen alte und neue Faschisten sowie ihre Mitläufer auf die Straße gegangen. Ist es nicht furchtbar, dass 71 Jahre nach dem Ende des bisher schrecklichsten

Krieges das braune Gedankengut wieder unbestraft unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit auf die Straßen, in die Ohren und Augen der Menschen (auch vieler Kinder!) gebracht werden darf?!

Da ziehe ich doch solche Texte wie den des Liedes von der "kleinen weißen Friedenstaube" vor. Auch diese Worte erklangen bei der jährlichen Veranstaltung am Bürgerholz. Alle Redner beschworen die Mahnungen und aktuellen Bezüge, die dieses Gedenken beinhaltet. Organisiert von der VVN-BdA Vogtland, unterstützt erstmalig auch von der Stadt Reichenbach und dem Goethe-Gymnasium, war es eine zu Herzen gehende, würdige Ehrung aller derjenigen, die den Kampf gegen den Faschismus mit ihrem Leben bezahlten.

Millionen Soldaten, Millionen Zivilisten - unvorstellbare Zahlen, unsagbares Leid. Und die Sowjetunion mit dem höchsten Blutzoll, den größten Zerstörungen. Es hat für mich schon etwas von "Gänsehautatmosphäre", wenn an

diesem Tag im Frühling die Fahnen der Antihitlerkoalition aufgezogen sind, die Hymnen erklingen und die Menschen mit roten Nelken, bunten Blumen, Kränzen und Gestecken die ganz persönliche Würdigung zum Ausdruck bringen, schweigend am Obelisk stehend und sich ehrend verneigen.

Die Vertreterin des russischen Generalkonsulats in Leipzig, Frau Ksenia Kutranina, dankte in deutscher Sprache allen Gekommenen für diese erhabenen Augenblicke. „Meinst du, die Russen wollen Krieg...“, dieser Song beschloss das Geschehen. Nein, den wollen weder die Russen noch die anderen Völker dieser Welt! Aber noch gibt es die Mächtigen, die Kriegsgewinner, die Revanchisten und ja, auch die Faschisten, denen wir Widerstand entgegensetzen müssen - siehe 1. Mai in Plauen! Und ich würde mir sehr wünschen, dass viel mehr Menschen, an viel mehr Orten und zu viel mehr Gelegenheiten dies tun!

Helga Hoffmann

Alle Ausgaben von **Der Vogtlandbote Online:**

www.dielinke-vogtland.de/presse/der-vogtlandbote/

RENTE MIT 70

Was will man dem Volk noch alles zumuten?

Wer dachte, schon alle möglichen Absurditäten gehört zu haben, wird von Bundesfinanzminister Schäuble und der Jungen Union eines besseren belehrt. Anstatt dafür zu sorgen, dass Menschen im Alter von ihrer Rente leben können, sollen sie noch länger arbeiten. Aus steigender Lebenserwartung wird wieder undifferenziert geschlussfolgert, dass ein höheres Renteneintrittsalter nötig sei. Wann soll das enden - wenn Bestattungsunternehmen eines Tages ihre Särge direkt in die Betriebe liefern?

Menschen werden zwar immer älter, aber nicht unbedingt gesünder. Den jahrzehntelang im Kuriosenkabinett „Deutscher Bundestag“ herumsitzenden altgedienten Abgeordneten wie Schäuble macht es sicher nichts aus, sich ein paar Jährchen länger ins Pleinum zu hocken und sich gegenseitig die Taschen voll zu hauen. Von denen denkt keiner an die Millionen Arbeiter, die ein Leben lang körperlich schwer gearbeitet haben. Diesen Menschen eine längere Lebensarbeitszeit zuzumuten ist eine bodenlos Frechheit.

Schon heute erreichen viele nicht das Renteneintrittsalter. Die Rente mit 70 wäre wie die bereits beschlossene Rente mit 67 nichts weiter als eine versteckte Rentenkürzung. Wer Altersarmut und leere Rentenkassen verhindern will, muss die eigentlichen Ursachen bekämpfen. Dazu gehört, dagegen vorzugehen, dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können.

Dieter Riedler

NEIES VON DAR META

Ne Donnerstooch frieh hot de Neideiteln iehr Falknstaaner Freindin, de Meta aagrufn un gefroocht: „Hoste dess aa heit frieh in dar Zeitung gelesen, dass des Gezerr, ob gelbe Tonne oder gelber Sack endlich e End hat und itze 3 Gahr ner noch de Säck gibbt?“

Drauf de Meta, „dar aane will de Tonne, dar annere nee gelbn Sack. Des is wie mit de Meis, de Katzn meeng se, mir aber net.“

„Woast du woas Neies?“ froocht se dann iehr Plauische Freindin. „Der Vuuchtlandkreis is Pleite un kaa de weiß Fahne raushänge“ soocht de Neideiteln. „Itze muss ar neie Landrat, dar Keils Rolf miet sein leeren Klingelbeitl nooch Dresden fahrn un denn Freistaat um Hilf aabettn, weil siech dar Vuuchtlandzar Tassilo I miet seiner Sprungschanz un der von Aafang aa unrentablen Müllaufbereitungsanlage in dar Sperkenstadt Oelsnitz tischisch iebarnomme hott.“

„Iech kaa mar schaa denkn woas rauskomme werd,“ soocht de Meta. „Do brauch iech die neigescheitn Vorschläch von Rödl & Partner gar net erscht leesen. Des kimmt doch immer aufs Gleiche raus: Leit entlassen, am Tariflohn kratzn, de freiwillischn Leistungen kürzen un de Kreisumlache erhöhe. Traurisch, aber wahr!“

Dieter Riedler

Vorankündigung:

Ausstellung Häusliche Gewalt

29.06.2016

siehe Artikel Seite 2

INTERESSANT ?!

416 Positionen in Landkreisen, Ämtern, Städten und Gemeinden sind gegenwärtig aufgrund eines Wahlvorschlages der Partei DIE LINKE besetzt. Davon sind 152 Frauen und 264 Männer. (Stand: 1. September 2015)

Außerdem stellen DIE LINKE. oder linke Listen rund 6.500 ehrenamtliche Mandate in kommunalen Vertretungen - zum Beispiel in Ortsteil-Beiräten, Gemeinde- bzw. Stadtvertretungen, Kreistagen, Landschafts- oder Regionalversammlungen (in dieser Übersicht nicht enthalten).

6 Landrätinnen/Landräte, 1 Stellvertretende Landrätinnen/Landräte, 9 Oberbürgermeister/innen, 46 Bürgermeister/innen, 17 Beigeordnete, Dezernentinnen und Dezernenten, 87 Bürgermeister/innen, 23 Beigeordnete, 104 Orts(teil)bürgermeister/innen bzw. Ortsvorsteher/innen, 1 Amtsvorsteher/innen oder Vorsitzende von Amtsausschüssen, 36 Vorsitzende von Kreistagen, 7 Magistratsmitglieder

BÜRGER*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

07.06.2016: 10:00 – 12:00 Uhr
27.06.2016: 14:00 – 17:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Emil Uhl	Bad Brambach	15.6.
Christa Stölzel	Reichenbach	21.6.
Margot Bauer	Reichenbach	23.6.
Ursula Meinel	Klingenthal.	23.6.
Ruth Weck	Falkenstein	25.6.
W.Vorberg	Reichenbach	26.6.
Inge David	Auerbach	28.6.
G. Hopperditz	Plauen	28.6.
K.-H. Jaensch	Plauen	29.6.
I. Steudel	Elsterberg	30.6.
Walter Vogel	Ellefeld	4.7.
M. Weller	Reichenbach	7.7.
Walter Rieger	Pöhl	9.7.
S. Morgner	Auerbach	11.7.
Helmut Popp	Falkenstein	12.7.
Ursula Koch	Reichenbach	15.7.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19.05.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.06.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.